

Lehrerkollegium am
Gymnasium der Dominikanerinnen
Schloßberggasse 17
1130 Wien

STELLUNGNAHME

zum Entwurf der Dienstrechtsnovelle 2013 - Pädagogischer Dienst

Sehr geehrte Damen und Herrn!

Die Lehrerinnen und Lehrer des pGRg 13, Dominikanerinnen, Wien verzichten auf eine detaillierte Stellungnahme zu dem sich in Begutachtung befindenden neuen Lehrerdienstrecht, fordern Sie aber umso dringender auf, folgende Punkte zu berücksichtigen:

1. Der vorliegende Gesetzesentwurf ist im Interesse der Lehrerinnen und Lehrer als Arbeitnehmerinnen abzulehnen.

Erhöhung der Unterrichtsverpflichtung

Schon jetzt übersteigt die von Lehrerinnen und Lehrern geleistete wöchentliche Arbeit bei weitem das Ausmaß der in Österreich festgelegten 40-Stunden-Woche. Grundlage für eine Festlegung der Lehrverpflichtung müsste eine wissenschaftliche Arbeitszeitstudie für Lehrer/innen sein.

Besoldung

Anstelle einer anderen Verteilung des Lebenseinkommens sieht der vorliegende Entwurf die Kürzung der Lebensverdienstsumme für zukünftige Lehrerinnen und Lehrer in einem beispiellosen Ausmaß vor.

"Die besten Lehrerinnen und Lehrer für die Zukunft unserer Kinder" (© bmukk) wird es nur dann geben, wenn der Beruf auch finanziell nicht noch unattraktiver als bisher wird.

Berufseinstieg/Induktionsphase

Für junge KollegInnen würde das neue Dienstrecht massive Mehrbelastung ohne entsprechende Abgeltung und ohne adäquate Supervision bedeuten. Daneben zu verlangen, dass "berufsbegleitend" ein Masterstudium absolviert werden soll, ist absurd.

2. Der vorliegende Gesetzesentwurf ist im Interesse eines funktionierenden Schulbetriebes abzulehnen.

Schon bisher waren Einrechnungsstunden bzw. Abgeltungen für Administratoren, Klassenvorstände, Betreuer von EDV-Anlagen, Bibliothek und Lehrmittelsammlungen, Betreuung mehrtägiger Schulveranstaltungen (Schikurse, Sprachwochen, Kulturveranstaltungen usw.) zu gering dotiert und nur mit zusätzlichem Aufwand von engagierten Lehrkräften zu bewerkstelligen. Im Entwurf fehlen Beschreibung und Einrechnung derartiger nicht unmittelbar mit Unterrichtstätigkeit verbundenen Leistungen.

3. Der vorliegende Gesetzesentwurf ist im Interesse der Schülerinnen und Schüler und damit im Interesse der Zukunft der österreichischen Gesellschaft abzulehnen.

Erhöhung der Unterrichtsverpflichtung

Mehr Unterrichtsstunden pro LehrerIn bedeuten weniger Zeit für den einzelnen Schüler.

Bitte rechnen Sie nach: Wenn Lehrer sich jedem ihrer Schüler außerhalb der Unterrichtszeit pro Woche nur 5 Minuten widmen (Korrektur, persönliche Beratung...), bedeutet das bei 300 Schülern einen Zeitaufwand von $5 \cdot 300$ Minuten = 1.500 Minuten = 25 Stunden

Herabstufung der Ausbildungskriterien für Lehrer

Der Entwurf sieht vor, dass auch für die Oberstufe ein Bachelorabschluss als Anstellungserfordernis genügt.

Fachwissen des Lehrers stellt gerade in der Sekundarstufe II einen wichtigen, wenn nicht den wichtigsten Faktor überhaupt für den Unterrichtserfolg dar.

Wir fordern, dass masterwertige fachspezifische(!) Ausbildung weiterhin Anstellungserfordernis bleibt.

Verwendung von LehrerInnen ungeachtet ihrer Ausbildung

Der Entwurf sieht vor, dass Lehrer Fächer unterrichten (müssen), die sie nicht studiert haben – und das mit weniger Zeit für die Vorbereitung als bisher.

Nach dem vorliegenden Entwurf sollen Lehrer auch in Altersstufen eingesetzt werden können, für die sie nicht ausgebildet sind. Kinder aller Altersstufen und junge Erwachsene haben völlig unterschiedliche Bedürfnisse. Zu denken, dass ein Lehrer, der einen Maturanten für sein Fach begeistern kann, auch die Bedürfnisse eines Volksschulkindes oder eines Kindes mit besonderem Förderbedarf gleich gut befriedigen kann, ist realitätsfremd.

Beides beeinträchtigt die Qualität unserer Schulen und ist entschieden abzulehnen.

Insgesamt sieht der Gesetzesentwurf eine deutliche Verschlechterung der Schul- und Unterrichtsqualität vor.

Er scheint einzig der Budgetsanierung und der Vorbereitung einer (alternativenlosen) Gesamtschule zu dienen und ist auch in dieser Hinsicht als massive Bevormundung der Familien durch ideologisch gefärbte Schulpolitik vehement abzulehnen.

Aus unserer Sicht ist der vorgelegte Entwurf inakzeptabel.